Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 6 (1965)

Heft: 18

Artikel: Arbeitslosigkeit und Produktionskrise in der Sowjetunion

Autor: Sager, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076989

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Sager

Arbeitslosigkeit und Produktionskrise in der Sowjetunion

Immer zahlreicher sind die Berichte der sowjetischen Tages- und Wirtschaftspresse über die drohenden Gefahren der Arbeitslosigkeit in der UdSSR und die ständige Zunahme der unverkauften (und unverkäuflichen) Lagerbestände beim sowjetischen (staatlichen) Gross- und Einzelhandel. Beide Probleme hängen eng miteinander zusammen. Die Schwierigkeiten sind so gross geworden, dass selbst die führenden theoretischen Organe der Akademie der Wissenschaften, Woprosi ekonomiki und Woprosi filosofii, — ideologische Skrupel beiseite lassend — nach einer Lösung suchen. Denn nach der marxistisch-leninistischen Doktrin der Politökonomie gibt es die Erscheinungen Arbeitslosigkeit und Produktionskrise in der kollektivistischen sozialistischen Wirtschaft nicht mehr. Beide sind vielmehr «für die kapitalistische Produktionsweise charakteristisch». Ungeachtet dieser theoretischen Grundlegungen und Behauptungen sieht sich heute die Sowjetunion (und daneben auch einige europäische Volksdemokratien) einer wachsenden Arbeitslosigkeit und einer jeder Planwirtschaft hohnsprechenden Fluktuation der Arbeitskräfte gegenüber. Allein in den Jahren 1950 bis 1962 hat sich der Wert der unverkäuflichen Güter und Waren in den staatlichen Handelskontoren um 18,6 Milliarden Rubel (nach offiziellem Handelskurs 93 Milliarden Schweizer Franken) erhöht. Mehr als 80 Prozent dieser Summe entfallen auf die beim Einzelhandel lagernden Vorräte.

Um eine Wirtschaftsordnung zu klassifizieren, muss man zunächst nach der Verfügungsgewalt über die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital fragen, sodann die Funktion des Unternehmers, der diese Produktionsfaktoren im Wirtschaftsprozess kombiniert, untersuchen, und schliesslich das System der Verteilung bestimmen. Man kann hierbei zwischen den Grenzfällen individualistischer und kollektivistischer Verfügungsgewalt, Unternehmerfunktion und Verteilung unterscheiden oder Mischformen nachweisen.

Die Sowjetwirtschaft wies bis vor wenigen Jahren eine kollektivistische Verfügungsgewalt über Arbeit, Boden und Kapital auf. Durch die straffen Wirtschaftspläne war ferner auch die Tätigkeit des Unternehmers kollektivistisch geordnet. In der Verteilung dagegen war nach der Periode des Kriegskommunismus 1917 bis 1921 eine individualistische Ordnung vorherrschend. Es gab zwar keine Souveränität des Konsumenten, aber weitgehend Konsumfreiheit.

Die fast durchgehend kollektivistische Sowjetwirtschaft vollbrachte eine Reihe beachtlicher Leistungen: Industrialisierung sowie technische und naturwissenschaftliche Forschung sind Illustrationen hierfür. Friktionsschwierigkeiten im Sinne von Krisen (Ueberproduktions-Krisen und Arbeitslosigkeit), wie wir sie in der Marktwirtschaft erlebt haben, waren praktisch ausgeschlossen. Diese Tatsache wurde von der kommunistischen Propaganda immer wieder unterstrichen.

«Krisenfeste» Sowjetwirtschaft

Wir wollen an einem Modell dartun, warum die Sowjetwirtschaft bis heute Krisen weitgehend ausschalten konnte.

Die Sowjetwirtschaft war insofern eine typische Kriegswirtschaft, als die Wünsche der Wirtschaftssubjekte den Anliegen des Staates untergeordnet wurden. In der Friedenswirtschaft verhält es sich umgekehrt. Das erlaubt eine weitgehende Planung des gesamten Wirtschaftslebens.

In jeder Volkswirtschaft tauschen sich die hergestellten wirtschaftlichen Güter gegen die gesamte, zur Verfügung stehende Geldmenge. Dadurch ist der Preis sämtlicher Güter bestimmt (während sich der Preis eines Gutes durch das «Gesetz» von Angebot und Nachfrage ergibt).

Es wird natürlich nicht die gesamte Lohnsumme gegen Konsumgüter getauscht: Steuern und Ersparnisse sind davon abzuziehen. Aus den Steuern werden die Dienstleistungen des Staates, Bildung, Justiz, Polizei, Verteidigung, Verwaltung), aus den Ersparnissen die Erweiterungen der Wirtschaft (durch Kredite) bezahlt.

In der Sowjetunion war bis vor kurzem die Konsumgüterproduktion so gering, dass das einzelne Individuum praktisch nur das Existenzminimum erreichen konnte. Die Konsumgüter fanden reissenden Absatz. Daher konnte der Verteilung ein verhältnismässig freier Spielraum belassen werden.

Der Einzelne hatte zwar keine nennenswerten direkten Steuern zu bezahlen. Dafür waren und sind die indirekten Steuern um so höher. Sie werden vorab auf den Waren des alltäglichen Bedarfs zugeschlagen und verteuern deren Preise bis um das Doppelte. Auf diese Weise konnten die gewaltigen Staatsausgaben beispielsweise für Forschung, Rüstung und Propaganda leicht gedeckt werden.

Solange also eine minimale Konsumgüterproduktion mit einem Arbeitszwang verbunden werden konnte, musste die Sowjetwirtschaft verhältnismässig reibungslos arbeiten.

Die Revolution der wachsenden Erwartung

Stalins Nachfolger liessen es sich angelegen sein — ein interner Machtkampf mochte dafür verantwortlich zeichnen —, dem Volke einen besseren Lebensstandard zu versprechen. Bis 1980 sollte gar die Pro-Kopf-Produktion der Vereinigten Staaten überholt werden.

Von den vielen Versprechungen mussten wenigstens einige erfüllt werden. Einerseits wurde der Arbeitszwang gemildert, andererseits die Konsumgüterproduktion angekurbelt. Damit wurden die Geister gerufen: Ein befriedigtes Bedürfnis weckt bekanntlich zehn neue.

So entstand ein Druck auf die Sowjetführung, auf diesem Wege weiterzuschreiten. Es ist durchaus nicht gefahrlos, einem solchen Druck zu widerstehen. Die Folgen könnten sich kurzfristig, beispielsweise in einer wachsenden politischen Opposition, bemerkbar machen, die Unsicherheiten innerhalb der Führung erzeugen müsste.

Es ist aber auch recht gefährlich, diesem Drucke nachzugeben. Die fortschreitende Tendenz der Verbürgerlichung würde langfristig in der Tat das Sowjetsystem selbst in Frage stellen.

Dies um so mehr, als der technische Fortschritt (Automation) Arbeitskräfte freisetzt, die in der Sowjetwirtschaft ohne harte Zwangsarbeit kaum mehr im Produktionsprozess gehalten werden können.

Dass sich in der Sowjetunion eine zunehmende Arbeitslosigkeit breit macht, geht aus zwei Beiträgen in der führenden Moskauer wirtschaftstheoretischen Zeitschrift, «Woprosi ekonomiki», (Nr. 6/1965) hervor:

In einem Aufsatz von E. Manewiz ist zu lesen, dass sich von 1956 bis 1960 im Rahmen der «organisierten Werbung, des gesellschaftlichen Aufgebotes und der landwirtschaftlichen Umsiedlung» mehr als 700 000 Menschen in die sibirischen und fernöstlichen Gebiete begaben. 17,7 Prozent aller Arbeitskräfte seien jedoch nicht im gesellschaftlichen Produktionsprozess beschäftigt. Ferner übersteigt nunmehr die Zahl der Rückwanderer jene der Zuwanderer: «Auf 100 Personen, die 1956 bis 1959 aus dem Süden nach Sibirien gingen, entfielen 135 Rückwanderer nach dem Süden». Die Abfluss-Quote aus dem Nord-Kaukasus beträgt 7 Prozent, aus dem Transkaukasus 30 Prozent, aus Zentralasien 42 Prozent.

Arbeitszwang und Zwangsarbeit können gegenwärtig zur Korrektur dieser Fluktuation nicht voll eingesetzt werden. Daher: in den Städten «beobachtete man einen gewissen Ueberfluss an Arbeitskräften», und «einige Gruppen von Werktätigen begegnen auf der Arbeitssuche in ihrem Beruf einigen Schwierigkeiten».

Die Autoren Yagodkin und Maslowa weisen im gleichen Heft nach, dass die infolge der Automation freigesetzten Arbeitskräfte die Betriebe nur zu einem geringen Teil verlassen, worunter überdies zwei Drittel qualifizierte Arbeiter und bloss ein Drittel Hilfsarbeiter. Eine Korrektur dieser Erscheinungen sei nur mit der planmässigen Umsiedlung der Arbeitskräfte zu erreichen.

Die sowjetischen Autoren führen diese Erscheinung vor allem auf die Auswirkungen der Automation zurück, geben zwischen den Zeilen jedoch zu, dass im sowjetischen Wirtschaftssystem der entgleitende Arbeitszwang dafür verantwortlich ist. Uebrigens greift diese Arbeitslosigkeit auch auf andere Länder über. Polen befürchtet den Einbruch einer «Arbeitskraft-Lawine», und in Bulgarien hat Stanko Todoroff dem Zentralkomitee Mitte Juni mitgeteilt, die Notwendigkeit, eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen, stelle eine «ernste soziale und politische Frage» dar. Auch in Jugoslawien wird eine Gefährdung der Planung wegen der Arbeitslosigkeit befürchtet.

Ausverkauf der Ladenhüter:

«Treten Sie näher, meine Herrschaften! Ich verkaufe zu herabgesetzten Preisen.» («Krokodil», Moskau.)

Friedenswirtschaftlich ungeeignet

Kehren wir zu unserem Modell zurück. Wenn der Anteil der Konsumgüter am Nationalprodukt zunimmt, dann stehen dem Einzelnen mehr Waren zur Verfügung. Er fängt an, zu wählen, zieht das eine Produkt dem andern vor und weigert sich, einige der Waren überhaupt zu kaufen. Man schreitet von der Konsumfreiheit zur Souveränität des Konsumenten — und riskiert die Ausschussproduktion, die Anhäufung von unverkäuflichen Waren, von Ladenhütern. Die Produzenten können sich wegen der Planvorschriften nur schwer anpassen, nud die Vorräte nehmen weiter zu. Auch davon berichtet die sowjetische Presse mehr und mehr.

Somit wird eine Kaufkraft frei, die nicht mehr gegen Waren getauscht werden kann. Das mag eine inflatorische Tendenz bewirken; es mag zu Lohnkürzungen, Preissteigerungen auf Bedarfsgütern oder zu erhöhten Steuern zwingen. In der Sowjetunion scheint sich der Ausgleich auf dem Wege zunehmender Arbeitslosigkeit (und erhöhter Sparquote) anzubahnen. Denn auf diese Weise verringert sich die vorhandene Geldmenge ebenfalls.

Sowjetische «Überproduktionskrise»

So erstaunlich das klingen mag: Wenn diese Tendenzen anhalten, wird die Sowjetwirtschaft ohne erhebliche Besserstellung des Konsumenten aus der Mangelwirtschaft heraus in eine Ueberproduktionskrise hineingeraten. Das ist insofern eine sehr bemerkenswerte Entwicklung, als sie die sowjetischen Behauptungen eines knappen halben Jahrhundert eindeutig dementiert. Die Planwirtschaft vermochte (wegen mangelnder Anpassungsfähigkeit) weder die Arbeitslosigkeit, noch die Ueberproduktion zu verhindern oder vermag sie jetzt zu beheben.

Wo liegt der Ausweg?

Solche Erfahrungen sind auch der Marktwirtschaft nicht erspart geblieben. Sie konnte jedoch das richtige Mittel anwenden: grössere Elastizität des Unternehmers. So wurde die Arbeitsproduktivität echt gesteigert, die Konsumkraft erhöht und die Ueberproduktion absorbiert. Dies vermag nur das freie Spiel von Angebot und Nachfrage.

Auch die Sowjetwirtschaft könnte diesen Weg gehen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, dass sich einige Leute in Osteuropa ganz allgemein gedanklich mit diesem Weg befassen.

Wenn aber in Betracht gezogen wird, wohin eine solche Entwicklung führt, dann scheint es fraglich, dass in absehbarer Zeit ein wesentlicher Schritt in dieser Richtung tatsächlich unternommen würde. So wird von einigen Autoren mehr oder weniger verdeckt eine neue «Bewirtschaftung der Arbeitskraft» verlangt.

Die Arbeitslosigkeit kann abgeschafft werden, indem man entweder die Leute zur Erstellung von Kollektivleistungen zwingt, oder sie zur Herstellung von Konsumgütern heranzieht. Im zweiten Fall muss jedoch die Elastizität der Unternehmer so ausgebaut werden, dass eine weitere Ueberproduktion durch Berücksichtigung der Konsumentenwünsche vermieden wird: Der Unternehmer wird unabhängig, der Konsument souverän — und der sowjetische Volkswirtschaftsplan illusorisch.

Mit der wirtschaftlichen Souveränität erringt der Konsument jedoch eine Position, die ihm auch politische Mittel in die Hand gibt. Zur Deckung der Staatsausgaben müssten nunmehr direkte Steuern herangezogen werden, über deren Höhe der Konsument mittelbar mitentscheidet.

Mehr und mehr gerät die Sowjetwirtschaft in eine Lage, in der sie die entstehenden Schwierigkeiten nicht mehr bewältigen kann. Sie befindet sich zwischen Stuhl und Bank: Sie ist entweder nicht mehr genügend oder noch zu stark kollektivistisch organisiert.

Der Weg zurück ist dornig. Er würde in vielem eine Rückkehr zum Stalinismus bedeuten: Arbeitszwang und Zwangsarbeit, totalitäres Regime, Einschränkung der Leichtindustrie.

Der Sprung nach vorn ist nicht minder unheimlich. Das Sowjetsystem ist für die Friedenswirtschaft ungeeignet. Weitere Wirtschaftsreformen werden deshalb am Gebäude der kommunistischen Diktatur zu rütteln beginnen. Präzedenzfälle künden von neuen Prinzipien.